

Wirtschaft und die Mechanismen des Kapitals

**Eine Prüfung theosophischer Wirtschaftsthesen an der Realität
von 1998 bis 2026**

Studienpapier

Dieses Material ist aus einem Dialog hervorgegangen, der eine historisch-politische und wirtschaftliche Analyse mit einer theosophischen Betrachtungsweise (im Anschluss an Alice Bailey/D.K. und Helena Roerich) verbindet. Es versteht sich als Beiwerk zum „in der Schwebe Halten“ offener Fragen, nicht als geschlossene These.

Dies ist Material, das im Gespräch mit dem KI-Modell Claude (Anthropic) erstellt wurde. Jede Darstellung sollte der Leser im Zweifel selbst überprüfen und recherchieren.

Inhaltsübersicht

- Vorwort: Anlage und Methode
- I. Der Ausgangspunkt: Clintons Haushaltsüberschüsse und die Aussicht auf Schuldenfreiheit
- II. Die ausbleibende Fortführung: Was die Überschüsse zum Verschwinden brachte
- III. Der Mechanismus: Unproduktiver Kapitalertrag aus Staatsverschuldung
- IV. D.K.s Finanzkartelle: Begriff, Quelle und heutige Trägergruppen
- V. Der „kapitalistische Geist“ als Unterströmung
- VI. Die Illusion des Mangels: Verteilung statt Knappheit, geprüft an den Hungerdaten 2024/25
- VII. Jenseits der Verteilung: Physische Ressourcenzerstörung und ihre Finanzialisierung
- VIII. Gegenwärtige Politik: Das Heritage-Foundation-Programm für die aktuelle US-Regierung
- Schlusswort: Eine offene Frage

Vorwort: Anlage und Methode

Dieses Papier entstand aus einem Gespräch, das mit einer historischen Episode begann – der kurzen, real existierenden Aussicht auf eine vollständige Tilgung der US-Staatsschuld unter der Clinton-Administration – und sich von dort zu einer grundsätzlicheren Frage entwickelte: Was lässt sich von den wirtschaftlichen Aussagen des Tibetens (D.K., durch Alice Bailey), niedergelegt um 1950, an der wirtschaftlichen und ökologischen Realität von heute prüfen?

Die Anlage folgt einer bewussten methodischen Trennung, die im gesamten Papier durchgehalten wird:

- Was D.K. (bzw. im Fall des Agni-Yoga-Materials: Mahatma M.) wörtlich oder sinngemäß aussagt, wird als das ausgewiesen, was es ist – esoterisches Quellenmaterial, kein wissenschaftlicher Befund.
- Wo sich daraus eine prüfbare empirische These ableiten lässt, wird diese an verfügbaren Daten und dokumentierten historischen Abläufen gespiegelt – mit Quellenangabe.
- Wo die Übersetzung von esoterischer Aussage in empirische These selbst eine Deutungsleistung ist, wird das benannt, statt einen Konsens vorzutäuschen, der nicht besteht.

Eine Einordnung zum Status des Quellenmaterials selbst gehört in dieses Vorwort, weil sie die Lesehaltung für das ganze Papier prägt: Theosophische Aussagen sind, wie alle Modelle mit hohem Abstraktionsgrad und geringer direkter Falsifizierbarkeit, am ehesten als „Als-ob“-Modelle zu verstehen – vergleichbar mit Bereichen der theoretischen Physik (etwa der Vielwelten-Interpretation oder bestimmten Ansätzen der Stringtheorie), die ebenfalls mathematisch hoch entwickelt, aber empirisch nicht im engeren Sinn beweisbar sind, und dennoch als Wissenschaft gelten. Der entscheidende Unterschied liegt nicht in der Verständlichkeit für Laien, sondern darin, dass die Physik einen – wenn auch oft nur theoretischen – Mechanismus künftiger Prüfung kennt, während dies für esoterische Aussagen in der Regel nicht gilt. Das mindert ihren Wert als Modell nicht, verändert aber den Anspruch, der an sie gestellt werden darf.

Eine zweite methodische Festlegung betrifft das, was bewusst nicht Teil dieses Papiers wurde: D.K.s normative Zukunftsvision der Wirtschaft – die Vergeistigung des Geldes durch eingeweihte Finanzfachleute, das Prinzip des Miteinander-Teilens, eine künftige Weltwirtschaftsgemeinschaft, das Verschwinden nationaler Währungen. Diese Aussagen sind kategorial anderer Natur als die diagnostischen Aussagen, die das Papier sonst behandelt: Sie sind nicht an einem Ist-Zustand, sondern an einem unbestimmten künftigen Zustand zu prüfen, und sie entziehen sich damit jeder Form von Bestätigung

oder Widerlegung im Rahmen dieses Papiers. Sie wurden im Gespräch diskutiert, fließen aber aus diesem Grund nicht in die folgende Darstellung ein.

I. Der Ausgangspunkt: Clintons Haushaltsüberschüsse und die Aussicht auf Schuldenfreiheit

Am Ende der Clinton-Administration existierte eine historisch außergewöhnliche fiskalische Konstellation, die heute kaum noch im öffentlichen Bewusstsein präsent ist: die reale Aussicht, dass die USA innerhalb eines absehbaren Zeitraums ihre gesamte Staatsschuld tilgen könnten.

1. Die Faktenlage

- Im Fiskaljahr 2000 erzielten die USA einen Rekordhaushaltsüberschuss von 236 bis 237 Milliarden Dollar – den dritten in Folge.
- Das Office of Management and Budget projizierte, dass die vom Publikum gehaltene Staatsschuld bis zum Jahr 2012 vollständig zurückgezahlt sein würde.
- Die marktfähigen US-Staatsanleihen waren von fast 3,5 Billionen Dollar im März 1998 auf 3,0 Billionen Dollar im Juli 2000 gefallen.
- Selbst Alan Greenspan beschäftigte sich in Kongressanhörungen ernsthaft mit der Frage, was geschehen solle, falls der Überschuss weiter anstiege – ein historisch seltener Moment, in dem sich die Geldpolitik auf das Problem von zu viel Tilgung vorbereitete, nicht zu wenig. *(Quelle: Office of Management and Budget; Bureau of the Public Debt; Reden Alan Greenspans vor der Bond Market Association (2001) und vor dem Kongress)*

2. Warum eine vollständige Entschuldung kein neutrales Ereignis gewesen wäre

Die Fed selbst untersuchte ernsthaft, welche strukturellen Folgen eine vollständige Tilgung der Staatsschuld gehabt hätte. Drei Ebenen wurden dabei deutlich:

- Geldpolitisches Instrument: Das Wertpapierportfolio der Fed an Staatsanleihen war ihre primäre Einkommensquelle (32,7 Mrd. Dollar im Jahr 2000) und zugleich ihr wichtigstes Steuerungsinstrument für die Geldpolitik. Ohne Staatsanleihen hätte die Fed neue Instrumente benötigt.
- Globale Liquiditätsfunktion: US-Staatsanleihen gelten als die sicherste Anlageklasse der Welt und binden darüber andere Staaten an den wirtschaftlichen Erfolg der USA. Ihr Verschwinden wäre nicht nur ein US-amerikanisches, sondern ein globales Thema gewesen.
- Historische Parallele: Die USA tilgten ihre Staatsschuld bereits einmal vollständig – 1837. Im selben Jahr begann eine Depression. Das ist kein Kausalitätsbeweis, zeigt aber, dass das Verschwinden des „sicheren Hafens“ Staatsanleihe historisch mit Instabilität zusammenfiel.

3. Die Interessenfrage

Staatsschuld ist für wohlhabende Anleger kein neutrales Instrument, sondern ein verlässlicher, nahezu risikofreier Ertragskanal. Als die Bush-Administration später tatsächlich die Möglichkeit hatte, öffentlich gehaltene Staatsanleihen vorzeitig zurückzukaufen, beklagte das Finanzministerium, ein solcher Rückkauf wäre zu teuer – eine ungewöhnliche Beschwerde, die nur vom Standpunkt der Anleihegläubiger aus Sinn ergibt, für die laufende Zinszahlungen ein Einkommensstrom sind, der bei vorzeitiger Tilgung verloren ginge.

II. Die ausbleibende Fortführung: Was die Überschüsse zum Verschwinden brachte

Die Frage, was den Pfad zur Schuldenfreiheit nach 2001 beendete, ist selbst Gegenstand fortbestehender politischer Auseinandersetzung – auch in der reinen Faktendarstellung. Das gehört zur ehrlichen Antwort, nicht nur die Fakten selbst.

1. Eine korrigierte Ausgangszahl

Der oft zitierte „Überschuss von 5,6 Billionen Dollar“ hat in dieser Form nie existiert. Es handelte sich um eine Zehnjahresprojektion unter sehr optimistischen Annahmen, die unter anderem keine Rezessionen, keine Terroranschläge, keine Kriege und keine Naturkatastrophen voraussetzte – eine Prognose, die strukturell kaum eintreten konnte, unabhängig von der nachfolgenden Politik.

2. Die divergierende Ursachenzuschreibung

- Konservative Institute (Heritage Foundation) schreiben den Steuersenkungen von 2001 nur 8 Prozent des Rückgangs 2002 und unter 25 Prozent des Zehnjahresrückgangs zu; Hauptursache seien die Rezession von 2001 und die Korrektur vorheriger Prognosefehler.
- Das Congressional Budget Office kam zu einer fast entgegengesetzten Einschätzung: Hauptursache sei weder der 11. September noch die Rezession gewesen, sondern die Bush-Steuersenkung selbst.
- Eine spätere, um Neutralität bemühte Analyse (Committee for a Responsible Federal Budget) verweigert eine eindeutige Zuschreibung: Sowohl Ausgabensteigerungen als auch Einnahmeausfälle erklären das Defizitwachstum.

Hinweis für die Leserschaft: Die Heritage Foundation als politischer Akteur und ihr methodischer Ansatz verdienen eine eigenständige, vertiefende Betrachtung, die dieses Papier nicht leisten kann. Eine eigene Recherche zur Rolle und Methodik dieses Think Tanks wird ausdrücklich empfohlen.

3. Drei dokumentierte Wirkungsstränge

- Die politische Rahmung der Steuersenkung selbst: George W. Bush begründete sie mit der Formel, der Überschuss sei „das Geld der Menschen“, nicht der Regierung – eine Deutung, die der Mehrheitsmeinung der US-Bevölkerung widersprach. Eine Pew-Umfrage von 2001 zeigte, dass knapp doppelt so viele Amerikaner den Überschuss zur Absicherung von Social Security und Medicare verwendet sehen wollten statt für eine Steuersenkung (37% vs. 19%); von denjenigen, die den Plan als unfair empfanden, sagten 79 Prozent, vor allem die Reichen würden davon profitieren. (Quelle: Pew Research Center, Umfrage 2001)

- Die Zinsmechanik: Haushaltsdefizite verringern die nationale Ersparnis, was laut Brookings-Analysen das künftige Nationaleinkommen senkt. Greenspan selbst warnte, signifikante Defizitsteigerungen, die zu einem Zinsanstieg führen, würden die Vorteile der Steuersenkungen erheblich unterminieren.
- Krieg und Sicherheitspolitik: Der 11. September und die nachfolgenden Kriege gelten in nahezu allen Analysen als zweiter zentraler Faktor, unabhängig von der Gewichtung gegenüber den Steuersenkungen.

Unabhängig von der Gewichtung einzelner Ursachen ist der zugrunde liegende Mechanismus in allen Lagern unbestritten derselbe: Ein Überschuss, der zur Schuldentilgung verwendet worden wäre, wurde stattdessen als Rückgabe an die Steuerzahler umgedeutet und politisch durchgesetzt – mit dokumentierter Schieflage zugunsten höherer Einkommen, gegen den artikulierten Mehrheitswillen der Bevölkerung.

III. Der Mechanismus: Unproduktiver Kapitalertrag aus Staatsverschuldung

***Frage:** Die Steuersenkungen für die Vermögenden konnten somit dem Staat für seine Schulden geliehen werden, um mit den Zinsen einen Ertrag zu erzielen, der aus keiner produktiven Tätigkeit stammte.*

Der Kreislauf lässt sich in vier Schritten fassen: Der Staat senkt die Steuern für Vermögende. Die dadurch entgehenden Einnahmen werden über die Ausgabe von Staatsanleihen anderweitig beschafft. Diese Anleihen werden bevorzugt von genau jenen Akteuren gekauft, die über das durch die Steuersenkung freigewordene Kapital verfügen. Diese Akteure erhalten dafür garantierte, nahezu risikofreie Zinsen – Steuersenkung erhalten, dasselbe Geld dem Staat als Kredit zurückgeben, dafür Zinsen kassieren.

Der Ertrag stammt dabei nicht nur aus keiner produktiven Tätigkeit – er wird strukturell aus der zukünftigen Steuerlast derselben Bevölkerungsmehrheit finanziert, die laut den oben zitierten Umfragedaten mehrheitlich eine andere Verwendung des Überschusses wollte. Die Zinszahlungen werden aus zukünftigen Steuereinnahmen bedient, die von der Gesamtbevölkerung getragen werden, während der Anleihebesitz konzentriert ist. Der Kreislauf ist damit nicht nur unproduktiv, sondern leicht umverteildend von unten nach oben.

Dieser Mechanismus ist eine besonders direkte, staatlich vermittelte Form dessen, was Thomas Piketty als zentrale Dynamik der Vermögenskonzentration beschreibt ($r > g$ – die Kapitalrendite wächst schneller als die Wirtschaft insgesamt): Der Staat selbst wird zur Ertragsquelle für jenes Kapital, das durch eine vorherige politische Entscheidung erst freigesetzt wurde.

Zur Einschränkung gehört: Nicht das gesamte freigesetzte Kapital floss in Staatsanleihen, und die Gläubiger der US-Schuld sind nicht nur inländische Vermögende, sondern zu großen Teilen ausländische Zentralbanken (insbesondere China und Japan in jener Zeit) und Pensionsfonds, die auch für Normalverdiener Renten verwalten. Der beschriebene Mechanismus ist damit der dominante, nicht der einzige Kanal – was ihn aber eher mit der globalen Kapitalkonzentration verschränkt, als ihn zu entkräften.

IV. D.K.s Finanzkartelle: Begriff, Quelle und heutige Trägergruppen

D.K. spricht in seinen Schriften von großen Kartellen, Aktionären, Banken und reichen Kirchenorganisationen, die sich jeder Veränderung widersetzen, die ihren Einkommensquellen schadet. Im Original („Die Hierarchie tritt in Erscheinung“) lautet die Stelle:

Die großen Kartelle und Monopolgesellschaften, die in den letzten Jahrzehnten vor diesem Weltkrieg eine Vormachtstellung innehatten, werden alle Mittel und Kräfte aufbieten und bis zum äußersten kämpfen, um ihre verbrieften Rechte zu behaupten und ihre Einkommensquellen zu sichern. Sie werden mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass die Herrschaft über diese grenzenlose Macht in die Hände der Massen übergeht, denen sie rechtmäßig zukommt. Die egoistischen großen Aktionäre, Banken und reichen Kirchenorganisationen werden sich jeder Änderung widersetzen, außer wenn diese ihnen nützt und höhere finanzielle Gewinne einbringt.

– Alice Bailey / D.K., *Die Hierarchie tritt in Erscheinung*

1. Ist „Kartell“ hier technisch oder umgangssprachlich gemeint?

Ein Kartell im wettbewerbsrechtlichen Sinn setzt explizite oder stillschweigende Absprache zwischen eigentlich konkurrierenden Akteuren voraus, mit der Absicht, Wettbewerb auszuschalten – nachweisbar oder widerlegbar, juristisch verfolgbar. Das im Original beschriebene Verhalten ist davon zu unterscheiden: Die Formulierung spricht von gemeinsamer Reaktion auf eine gemeinsame Bedrohung („werden alle Mittel und Kräfte aufbieten“), nicht von vorheriger Koordination. Das deckt sich mit dem, was in der Ökonomie als strukturelles Interesse ohne Absprache oder – marxistisch gewendet – als Klasseninteresse ohne Klassenbewusstsein bezeichnet wird: Wenn tausend Akteure unabhängig voneinander auf denselben Anreiz reagieren, entsteht ein Effekt, der wie eine konzertierte Aktion aussieht, ohne eine zu sein.

D.K. schrieb 1949/50 in einer Zeit, in der der Begriff „Kartell“ eine sehr konkrete, medienpräzente Bedeutung hatte – die internationalen Ölkartelle („Seven Sisters“), das IG-Farben-Kartell, internationale Stahl- und Rüstungskartelle der Zwischenkriegszeit, die teils über Kriegsgrenzen hinweg fortbestanden (dokumentiert u. a. in den Nürnberger Prozessen gegen IG Farben). Der Begriff ist daher historisch verständlich und im damaligen Sprachgebrauch angemessen, setzt aber keine Absprache im modernen kartellrechtlichen Sinn voraus.

2. Drei im Original genannte Gruppen – und ihre heutige Entsprechung

- Kartelle und Monopolgesellschaften – heute am ehesten vergleichbar mit faktischen Oligopolen ohne nachgewiesene Absprache (z. B. Ratingagenturen) sowie mit Akteuren mit tatsächlich dokumentierter Koordination (OPEC als Lehrbuchfall eines klassischen Kartells).
- Aktionäre und Banken – heute: institutionelle Anleger, Pensionsfonds, Zentralbanken als Hauptgläubiger von Staatsanleihen (siehe Kapitel III).
- Reiche Kirchenorganisationen – eine historisch spezifische, heute meist übersehene Kategorie. 1949/50 war kirchliches institutionelles Vermögen (Vatikanbank, große protestantische Stiftungsvermögen in den USA) ein bedeutender, oft unsichtbarer Wirtschaftsfaktor.

3. Die entscheidende Formulierung: bedingter, nicht absoluter Widerstand

Der letzte Satz des Zitats verdient besondere Aufmerksamkeit, weil er keine moralische Pauschalverurteilung ist, sondern eine präzise Verhaltensprognose: Widerstand gegen Veränderung besteht nicht absolut, sondern ist bedingt durch den eigenen Nutzen. Das deckt sich exakt mit dem in Kapitel II/III beschriebenen Befund: Die Entschuldung wurde nicht verhindert, weil „das Kapital böse ist“, sondern weil die Fortsetzung der Verschuldung dem dokumentierten Eigeninteresse der Anleihegläubiger diene – und in dem Moment, wo eine Änderung (Steuersenkung plus neue Verschuldung) mehr Nutzen versprach als die Fortsetzung der Tilgung, wurde sie nicht bekämpft, sondern aktiv durchgesetzt.

V. Der „kapitalistische Geist“ als Unterströmung

Frage: D.K. spricht vom „kapitalistischen Geist“, und es könnte damit die beschriebene Grundhaltung verschiedener Gruppen zum Kapital gemeint sein. Es wäre also mehr eine Unterströmung im menschlichen Leben allgemein.

Diese Lesart trennt zwei Dinge, die zuvor faktisch synonym behandelt wurden – „Kartell“ als äußere Struktur und „kapitalistischer Geist“ als innere Haltung, die sich in Strukturen manifestiert, ohne mit ihnen identisch zu sein. Das ist ein kategorialer Unterschied, vergleichbar mit der Unterscheidung zwischen einer Institution und einer Disposition, die auch in formal andersartigen Institutionen auftreten kann.

Diese Lesart löst ein Problem, das andernfalls unausgesprochen mitliefe: Nämlich, dass auch nicht-kapitalistische Akteure (Gewerkschaftsfunktionäre mit Pensionsfondsvermögen, Staatsfonds autoritärer Regime, selbst kirchliche Institutionen, die D.K. ja selbst nennt) dasselbe Verhalten zeigen können, sobald sie über konzentriertes Kapital verfügen. Wenn der „kapitalistische Geist“ eine generelle Unterströmung im menschlichen Leben ist, ist er keine Eigenschaft des Kapitalismus als Wirtschaftssystem, sondern eine Disposition, die in jedem System auftreten kann, in dem Menschen über konzentrierte Verfügungsmacht verfügen.

Eine harte empirische Probe dieser These liefert die Geschichte des real existierenden Sozialismus: Auch dort entstanden neue, parteigebundene Eliten mit faktischer Verfügungsmacht über Ressourcen, die sich gegen Umverteilung an die Basis genauso widersetzen wie westliche Kapitaleigentümer – die Strukturen waren andere, die Unterströmung identisch. Das stützt die generelle Lesart, zeigt zugleich aber, dass sie nicht spezifisch eine Kritik des Kapitalismus als historisches System ist, sondern eine anthropologische Aussage über Macht und Selbstsucht, die sich am Kapitalismus nur deshalb besonders deutlich zeigt, weil er Verfügungsmacht am konsequentesten in Geldform abstrahiert und damit am leichtesten konzentrierbar macht.

Exkurs: Wirtschaft und Kultur als Polarität (Agni Yoga)

In den Tagebüchern Helena Roerichs überliefert der Agni-Yoga-Zyklus eine knappe Aussage Mahatma M.s aus den 1930er Jahren auf die Frage, wie es mit der Wirtschaft als Thema sei: „Wirtschaft ist in Allem.“ Im Sinne einer Ergänzung dazu lässt sich eine Zweiteilung denken: Wirtschaft als das Feld der existentiellen Notwendigkeit (Ernährung, Behausung, Erhaltung des Leibes), Kultur in allen Formen als ihr Gegenpol – nicht im Sinne kausaler Ableitung (wie etwa bei Basis und Überbau), sondern im Sinne einer Ergänzung: Vernünftiges Wirtschaften, wo überhaupt noch möglich, ist die Basis für alles Kulturelle; nur so wird jene Freiheit geschaffen, die nötig ist, um ein vollständiger Mensch zu sein.

Solange der Mensch sich um Ernährung und Behausung durch Tätigkeit bemühen und kümmern muss, bleibt dieser universale Wirtschaftsbegriff gültig, da er die existentiellen Notwendigkeiten enthält. Bemerkenswert ist, dass sich die Grenze zwischen „existentieller Notwendigkeit“ und „Wirtschaft im engeren, spekulativen Sinn“ in der Gegenwart zunehmend verwischt: In einer Welt, in der Land, Wasser und Nahrung selbst zu Finanzanlagen geworden sind (siehe Kapitel VII), ist kaum noch trennbar, was M. in den 1930ern vermutlich noch trennen konnte – Ackerbau zur Selbsterhaltung versus Wirtschaft als darüber hinausgehendes Tauschsystem.

VI. Die Illusion des Mangels: Verteilung statt Knappheit, geprüft an den Hungerdaten 2024/25

D.K.s vielleicht prüfbarste Einzelthese lautet: Es gibt auf der Erde genügend Hilfsquellen für alle Menschen; die Ursache für Hunger und Armut ist nicht ein Mangel an Ressourcen, sondern menschliche Selbstsucht und ungerechte Finanzgeschäfte, die eine faire Verteilung blockieren.

1. Die Kernthese hält empirisch

- Die Welt produziert genug Nahrung, um alle 8,2 Milliarden Menschen zu versorgen – sogar mehr als 12 Milliarden Menschen könnten ernährt werden.
- Trotzdem hungerten 2024 für einen Teil oder das ganze Jahr 673 Millionen Menschen; eine andere Berechnung kommt auf 685,6 Millionen unterernährte Menschen – ein Rückgang um 112,7 Millionen seit 2005.
- Etwa ein Drittel aller produzierten Nahrungsmittel weltweit wird nicht verzehrt – genug, um Milliarden zu ernähren. Das entspricht direkt D.K.s Verschwendungsthese, hier konkret bezifferbar. *(Quelle: FAO/WFP State of Food Security and Nutrition Reports 2025; World Food Programme)*

2. Differenzierung: Die Verteilungsfrage ist heute ausdifferenzierter, als D.K. sie 1950 fassen konnte

- 2,3 Milliarden Menschen erlebten 2024 moderate oder schwere Ernährungsunsicherheit – 336 Millionen mehr als 2019, vor der Pandemie.
- 2,6 Milliarden Menschen konnten sich 2024 keine gesunde Ernährung leisten – ein Erschwinglichkeitsproblem, kein Verfügbarkeitsproblem, was die Verteilungsthese eher verschärft als abschwächt.
- Bewaffnete Gewalt befeuerte 2024/25 zwanzig Nahrungsmittelkrisen mit fast 140 Millionen Betroffenen, einschließlich bestätigter Hungersnöte im Sudan und in Gaza – bei gleichzeitig sinkenden humanitären und steigenden Militärausgaben: eine Umkehrung der Prioritäten, fast wörtlich D.K.s Punkt von 1950 über Verschwendung für Kriegsführung.
- Die regionale Schiefelage ist extrem: In Afrika überstieg der Anteil der hungernden Bevölkerung 2024 20 Prozent (ca. 307 Millionen Menschen), während die Quote in Lateinamerika und der Karibik auf 5,1 Prozent fiel.
- In Niedrigeinkommensländern stieg die Zahl der Menschen ohne Zugang zu gesunder Ernährung von 464 Millionen (2019) auf 545 Millionen (2024); in den unteren mittleren Einkommensländern (ohne Indien) von 79 Millionen auf 869 Millionen im selben Zeitraum – eine Verschärfung, kein Fortschritt.

3. Zusammenfassende Einordnung

Die Grundaussage – kein Ressourcenmangel, sondern Verteilungsproblem – ist 2024/25 empirisch eindeutiger belegbar als 1950, weil heute genauere globale Daten existieren. Was D.K. 1950 nicht vorhersehen konnte: Die Verteilungsfrage hat sich in mindestens drei separate, teilweise gegenläufige Dynamiken ausdifferenziert – globale Verfügbarkeit (gelöst), Erschwinglichkeit (ungelöst, in Teilen verschärft) und konfliktbedingter Zugang (akut verschärft durch aktuelle Kriege).

VII. Jenseits der Verteilung: Physische Ressourcenzerstörung und ihre Finanzialisierung

Frage: Da es um Ressourcen geht, wäre hier – 1950 noch fast undenkbar – die Naturzerstörung und Wüstenausbreitung sowie der Trinkwassermangel hinzuzuziehen.

Hier muss D.K.s reine Verteilungsthese eingeschränkt werden, was die Analyse ehrlicher macht, ohne sie zu widerlegen: Bei Land und Süßwasser kommt zur Verteilungsfrage eine echte, teils irreversible physische Verknappung hinzu, die 1950 so noch nicht existierte.

1. Desertifikation und Landdegradation

- Mehr als 75 Prozent der Landfläche der Erde sind laut dem World Atlas of Desertification der Europäischen Kommission bereits degradiert; mehr als 90 Prozent könnten bis 2050 degradiert sein.
- Die Landdegradation hat sich auf das 30- bis 35-fache der historischen Rate beschleunigt (UN-Schätzung).
- Etwa eine Million Quadratkilometer gesunden, produktiven Landes werden jährlich degradiert; bis zur Hälfte aller Weideländer – rund die Hälfte der globalen Landfläche – sind bereits degradiert oder gefährdet.
- Dürre, Landdegradation und Desertifikation kosten die globale Gemeinschaft schätzungsweise 878 Milliarden US-Dollar jährlich.

2. Trinkwasser: von der „Krise“ zur „Bankrotterklärung“

Ein UN-Bericht von Januar 2026 erklärte den Beginn einer Ära der „globalen Wasser-Bankrotterklärung“ – geprägt durch chronische Grundwassererschöpfung, Wasserüberallokation, Land- und Bodendegradation, Entwaldung und Verschmutzung, verstärkt durch die globale Erwärmung. Die Begriffe „wasserarm“ und „Wasserkrise“ träfen die heutige Realität an vielen Orten nicht mehr: Es handle sich um einen Post-Krisen-Zustand, geprägt durch irreversible Verluste an natürlichem Wasserkapital, mit einer Unfähigkeit zur Rückkehr zu historischen Basiswerten.

- Rund 2,2 Milliarden Menschen fehlt sicher gemanagtes Trinkwasser, 3,5 Milliarden fehlt sichere Sanitärversorgung, fast 4 Milliarden erleben mindestens einen Monat im Jahr akute Wasserknappheit.
- Mehr als die Hälfte der großen Seen der Welt haben seit den frühen 1990ern Wasser verloren – betroffen ist etwa ein Viertel der Weltbevölkerung, die direkt von ihnen abhängt.

- Die Welt verliert jährlich 324 Milliarden Kubikmeter Süßwasser – genug, um den Bedarf von 280 Millionen Menschen zu decken –, verursacht durch sich verschärfende Dürren und nicht nachhaltige Land- und Wassernutzungspraktiken.
- Die verfügbare erneuerbare Wassermenge pro Kopf ist im letzten Jahrzehnt um weitere 7 Prozent gesunken; in Nordafrika gehört die Süßwasserverfügbarkeit pro Kopf bereits zu den niedrigsten weltweit, während die Entnahmen dort in zehn Jahren um 16 Prozent gestiegen sind. (Quelle: United Nations University (INWEH), *Global Water Bankruptcy Report*, Januar 2026; FAO AQUASTAT 2025; World Bank *Global Water Monitoring Report 2025*; UNCCD *Desertification and Drought Day Factsheet 2025*)

3. Wo die reine Verteilungsthese trägt – und wo nicht mehr

Landwirtschaft macht etwa 70 Prozent der globalen Süßwasserentnahmen aus – ein erheblicher Teil davon dient nicht der Ernährungssicherung der hungernden 673 Millionen, sondern exportorientierter Landwirtschaft, Futtermittelanbau für Fleischproduktion in reichen Ländern oder wasserintensiven Cash Crops. Hier greift D.K.s Linie weiter: Die physische Knappheit selbst ist zum Teil eine Folge davon, wie die noch vorhandenen Ressourcen genutzt werden, nicht allein eine Naturtatsache. Zugleich gilt: Anders als bei Nahrungsmitteln ist bei Land und Wasser nicht mehr nur die Verteilung eines eigentlich ausreichenden Bestands das Problem, sondern teils dessen unwiderrufliche Zerstörung.

4. Die Finanzialisierung von Land und Wasser als heutige Entsprechung zu D.K.s „ungerechten Finanzgeschäften“

Landgrabbing als Finanzanlage, nicht nur als Ernährungssicherung: Landwirtschaftliche Investmentfonds verzehnfachten sich zwischen 2005 und 2018; 2023 verwalteten 960 aktive Fonds, spezialisiert auf Nahrungsmittel- und Agrarvermögen, über 150 Milliarden Dollar. Selbst Ölkonzerne wie Shell haben über 450 Millionen Dollar für den Kauf von CO₂-Kompensationsflächen zurückgestellt. Folge: In Großbritannien führte ein Zustrom von Pensionsfonds- und Privatvermögen-Investitionen zu einer Verdopplung der Ackerlandpreise zwischen 2010 und 2015.

Die Verschränkung mit Wasser ist direkt dokumentiert: Eine Analyse von 39 Ländern fand, dass Investoren zwischen 2005 und 2015 gezielt Land mit bevorzugtem Zugang zu Oberflächen- oder Grundwasser erwarben, was die Wasserknappheit verschärfte und in 67 Prozent der Fälle zu Konkurrenz um Wasser führte. „Wassergrabbing“ nimmt zu, auch in dürregeplagten Teilen Lateinamerikas.

Wasser wird inzwischen wie Öl oder Gold an der Börse gehandelt: 2020 wurden in den USA Wasser-Futures-Kontrakte eingeführt, basierend auf dem Nasdaq Veles California Water Index. Das historische Referenzbeispiel ist Chile, wo die Privatisierung von Wasser bereits in den 1980ern unter der Diktatur Pinochets eingeführt wurde – seither

können Wasserrechte ohne staatliche Kontrolle gekauft, verkauft oder vermietet werden, was als wesentlicher Faktor für die heutige Wasserknappheit des Landes gilt.

Eine bemerkenswerte politische Gegenreaktion zeigt, dass das Problem auch institutionell anerkannt wird: 2024 brachten die US-Senatorin Elizabeth Warren und der Abgeordnete Ro Khanna erneut ein Gesetz ein, das den Handel mit Wasser und Wasserrechten in Waretermingeschäften verbieten soll, mit der Begründung, passive Investoren würden dadurch motiviert, Ackerland allein wegen der damit verbundenen Wasserrechte zu kaufen – mit dem Risiko physischer Wasserhortung und künstlicher Preissteigerungen. Der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser äußerte sich bereits 2020 alarmiert über die Behandlung von Wasser wie Gold oder Öl an der Wall Street. (Quelle: *IPES-Food, An invisible crisis: New dimensions of land grabbing (2025)*; *PNAS, Global land and water grabbing*; *Senator Warren / Rep. Khanna, Future of Water Act (2024)*)

5. Einordnung

Diese drei Entwicklungen – Agrarland als Anlageklasse, gezielte Akquise wasserreicher Gebiete, Wasser als Termingeschäft – bilden zusammen eine heutige, sehr konkrete Entsprechung zu D.K.s „ungerechten Finanzgeschäften, die eine faire Verteilung blockieren“. Der Unterschied zu 1950: Damals war das Kapital primär an Produktion interessiert (Fabriken, Rohstoffe, Handelsmonopole); heute ist ein wachsender Teil direkt an der Ressourcenbasis selbst interessiert, unabhängig von ihrer produktiven Nutzung – was die Verteilungsfrage und die physische Verknappungsfrage zunehmend miteinander verschränkt, statt sie wie früher trennbar zu halten.

VIII. Gegenwärtige Politik: Das Heritage-Foundation-Programm für die aktuelle US-Regierung

Als zeitgenössischer Bezugspunkt zur Frage organisierter wirtschaftspolitischer Interessenvertretung (Kapitel IV) dient das Programm der Heritage Foundation, dessen Umsetzung unter der aktuellen US-Regierung dokumentiert verfolgt wird.

1. Was Project 2025 ist

Es handelt sich um ein Policy-Dokument mit konkreten Vorschlägen zur Umgestaltung der Bundesregierung, eine Personaldatenbank zur Empfehlung und Überprüfung loyaler Mitarbeiter, sowie einen Satz vorgeschlagener Executive Orders. Das zentrale Dokument, „Mandate for Leadership“, umfasst über 900 Seiten und enthält detaillierte Pläne zur Reorganisation, Verkleinerung oder Auflösung mehrerer Bundesbehörden. Das übergeordnete Ziel ist die Zentralisierung präsidentieller Macht und weitreichende konservative Veränderungen in Regierung, Kultur, Energie, Wirtschaft und Gesundheitswesen. Die Heritage Foundation spielt seit den 1980ern eine zentrale Rolle bei der Gestaltung republikanischer Politik.

2. Umsetzungsstand (Februar 2026)

- Ein Tracker des Center for Progressive Reform / Governing for Impact verzeichnet 283 von 532 empfohlenen Maßnahmen als eingeleitet oder abgeschlossen – 53 Prozent der innenpolitischen Verwaltungsagenda binnen zwölf Monaten nach Amtsantritt. (*Quelle: Center for Progressive Reform / Governing for Impact, Project 2025 Executive Action Tracker, Stand Februar 2026*)
- Ein unabhängiges, crowd-sourced Tracking-Projekt sowie Tracker von Interessenverbänden und Gewerkschaften kommen auf eine ähnliche Größenordnung: etwa die Hälfte der im 920-seitigen Dokument festgelegten Ziele.
- Beispiele aus der Umsetzung: verstärkte fossile Energieförderung auf öffentlichem Land, Aushöhlung der Bundesbehörden für Nationalparks und -wälder, Aufhebung von Schutzmaßnahmen für Alaskas Land und Gewässer, Einschränkung von Umweltprüfungen, Unterminierung des Endangered Species Act.
- Im Bereich reproduktive Gesundheit: Ziel ist laut Dokument die Beendigung nahezu aller Gleichstellungsbemühungen der US-Regierung, einschließlich der Datenerhebung, mit der sich Ergebnisse verfolgen ließen.

3. Politische Distanzierung und ihre Praxis

Der amtierende Präsident distanzierte sich im Wahlkampf wegen der enormen Unpopularität des Programms bei den Wählern davon; die Administration hat dennoch viele seiner Ideen umgesetzt. Die Heritage Foundation folgt nun mit einem kürzeren Nachfolgeprogramm für 2026 (intern „Heritage 2.0“ genannt) mit neun Politikagenden, darunter als Top-Priorität die Eindämmung der Kommunistischen Partei Chinas und der Aufbau einer „China-resistenten Wirtschaft“. Ein Sprecher erklärte dazu offiziell, alle politischen und personellen Entscheidungen lägen nun beim Präsidenten und seinem Team und es gebe „kein Project 2026“ – eine Formulierung, die die enge Verbindung zur Regierung praktisch bestätigt und rhetorisch zugleich leugnet. (Quelle: 19th News, Dezember 2025; Center for Western Priorities, Januar 2026; Newsweek; NOTUS)

Hinweis für die Leserschaft: Die Bewertung des Umsetzungsgrads (z. B. die 53-Prozent-Angabe) stammt von Organisationen mit erkennbarer politischer Ausrichtung; die zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen sind dokumentiert, ihre Gesamteinordnung bleibt jedoch Teil einer politisch umkämpften Deutung. Die Einordnung dieses Kapitels und seines Verhältnisses zu den vorangehenden Kapiteln wird bewusst den Lesern überlassen.

Schlusswort: Eine offene Frage

Vernünftiges Wirtschaften – wenn überhaupt noch möglich – ist die Basis für alles Kulturelle. Nur so wird jene Freiheit geschaffen, die nötig ist, um ein vollständiger Mensch zu sein. In diesem Sinne ist das in den vorangehenden Kapiteln dokumentierte Drama der darbenden und hungernden Milliarden im theosophischen Sinne ein fortschrittsloses Leben – nicht als moralischer Vorwurf an die Betroffenen, sondern als strukturelle Feststellung: ein Leben, dem die Grundbedingung entzogen wird, unter der sich im theosophischen Verständnis überhaupt etwas entwickeln könnte.

Es bleibt die offene Frage, wie das „Größere Leben“ diese Entwicklung auf Dauer hinnimmt. Der Mensch ist mit freiem Willen ausgestattet; er trägt damit die Verantwortung.

Diese Frage wird hier bewusst nicht beantwortet, sondern in der Schwebelage gehalten, in der sie gestellt wurde.